

Haushaltsrede der FDP-Fraktion Rheinberg, Haushalt 2026

24.03.2026

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Richter,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

einen Haushalt aufzustellen, der in erste Linie ohne Steuererhöhungen auskommt, keinen Verlustvortrag in kommende Jahre erzwingt und gleichzeitig unsere Stadt nicht in die direkte Haushaltssicherung führt – das war das klar formulierte Ziel der FDP-Fraktion für das Haushaltsjahr 2026.

Die diesjährigen Haushaltsplanberatungen sind kein Selbstläufer gewesen. Dieser Haushalt ist das Ergebnis intensiver Beratungen, ehrlicher Diskussionen über Fraktionsgrenzen hinweg und vor allem eines Verständnisses: Rheinberg kann sich nicht alles leisten – muss sich aber dennoch richtige Weichenstellungen in die Zukunft erlauben können.

Unser Dank gilt den an den Haushaltsplanberatungen mitwirkenden Fraktionen und ausdrücklich auch der Verwaltung und den Verwaltungsmitarbeitern, insbesondere der neuen Kämmerin Michelle Wingers, die auch mit eigenen Sparvorschlägen einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet hat, diesen Haushalt auf eine Grundlage zu stellen, mit der man in kommenden Jahren weiterarbeiten kann, Defizite abzubauen.

Das zeigt: Wenn alle an einem Strang ziehen, ist verantwortungsvolle Haushaltspolitik möglich. Das heißt dann zwangsläufig jedoch auch, mehrheitsfähige Kompromisse herauszuarbeiten, die in einem gemeinsamen Haushaltsantrag münden. Dieser Haushaltsantrag liegt vor. Er sieht Sparmaßnahmen vor, er sieht eine Prioritätensetzung und Prioritätenverschiebung vor, er enthält aber auch finanzielle Investitionen in die Zukunft.

Die FDP plant keine Steuererhöhungen. Die FDP umgeht einen Verlustvortrag. Die FDP verhindert ein Haushaltssicherungskonzept – gemeinsam mit den anderen mitwirkenden Fraktionen.

- Wir machen den Weg frei für die Finanzierung zweier wichtiger Förderprojekte im Zuge der Rheinberger Wärmeplanung
- Wir gewähren Zuschüsse für Soziales und für den Sport dort, wo sie nötig sind

- Wir erkennen Bedarf an den Rheinberger Schulen für Inklusionshelfer und Schulsozialarbeiter
- Wir verstetigen die Zusammenarbeit mit der Honorarkraft im Kulturbereich bis 2028, weil Sie einen deutlichen Mehrwert für unsere Stadt und seine Belebung darstellt

Wir verzichten aber auch ganz bewusst, unter anderem:

- Auf unnötige Ausgaben im Bereich Tourismus und Wirtschaftsförderung, um sich hier nur auf Kernaufgaben in diesem Bereich zu konzentrieren
- Auf investive Mittel im Straßenbau für die Straße „An de Wei“, weil mit den Anwohnern noch keine Einigung erzielt werden konnte und unklar ist, ob ein abschließender Straßenausbau überhaupt nötig ist
- Auf zusätzliche über 120.000 Euro als Haushaltsansätze für Bänke, Mülleimer und zusätzliche Beschilderung, die teilweise aus bereits bestehenden Budgets finanziert werden können
- Wir reduzieren Mittel von 200.000 Euro auf 50.000 Euro für Fahrradstraßen, die auch konkret beschlossen und in 2026 auch wirklich realisiert werden können

Die größte unbequeme Wahrheit jedoch befindet sich nicht im „großen“ Haushaltsantrag. Auf diese konnten wir uns fraktionsübergreifend nicht einigen. Für die FDP ist eine unbequeme Wahrheit, dass eine Schnellbuslinie im Rheinberger ÖPNV wünschenswert und eigentlich auch dringend erforderlich ist, ABER: nicht in Preissegmenten um 400.000 Euro jährlich – trotz Landesförderung. Bei dieser Summe sind die Kosten in Relation zum Nutzen deutlich zu hoch. Zur ehrlichen Politik gehört daher: wir hätten die neue X-Bus-Linie gerne beschlossen, aber wir müssen auch die gesamt-haushälterische Lage im Blick behalten.

Diese ablehnende Entscheidung zu den Kosten der X-Bus-Linie wurde hier heute mehrheitlich getroffen. So, wie sie auch schon in anderen Kommunen wie Xanten oder Sonsbeck getroffen wurde. Umso unverständlicher für die FDP-Fraktion die einstimmigen Signale des Kreisausschusses, trotz finanzieller Bedenken der Kommunen, alle geplanten X-Bus-Linien dennoch realisieren zu wollen, bevor fundierte Finanzierungen und Klarheit über eine faire Kostenbeteiligung bestehen.

Zurecht Aufreger-Thema im Zuge der diesjährigen Haushaltsplanberatungen sind zusätzliche Mittel für einen Sicherheitsdienst an der Flüchtlingsunterkunft am Melkweg. Katastrophale Zustände bedingt durch katastrophales Verhalten der Bewohner veranlasst die Verwaltung, hier zu handeln. Die FDP-Fraktion stellt klar: wir geben diese zusätzlichen Mittel für 2026 – und darüber

hinaus nur mit Sperrvermerk - frei, um kurzfristig Schäden von Gebäude und der Infrastruktur abzuwenden, um Kosten durch stetige Reparaturen und Sanierungen zu reduzieren. Es muss aber auch klar sein: Es dürfen nicht nur Symptome bekämpft werden, es muss an der Wurzel der Problematik angepackt werden. Die Haltung der FDP ist eindeutig: Die Stadt hat alle Register und rechtlichen Möglichkeiten gegen die Verursacher zu ziehen. Ein Sicherheitsdienst löst kein Problem. Vandalismus in dieser Form dürfen wir nicht dulden und schon gar nicht über Jahre mit weiteren finanziellen Mitteln zuschütten. Ein fairer Austausch über rechtliche Möglichkeiten muss hier fortgesetzt werden.

Historisch wird es beim Stellenplan 2026 – so berichtete die Presse. 18 neue Stellen, so der Ursprungsentwurf. Abgesehen von der reinen Symbolik - 18 neue Stellen bei klammen Kassen – können wir einen solchen massiven Stellenaufwuchs für 2026 nicht mittragen. Wir erkennen an, dass ein Großteil der Stellen zwingend erforderlich sind und teilweise zu wenige Schultern zu viele Aufgaben händeln müssen. Wir stehen aber auch vor der Herausforderung, in der mittelfristigen Finanzplanung aufzupassen, nicht in die Haushaltssicherung zu rutschen. Einen solchen Stellenaufwuchs mit entsprechend hohen Personalkosten i. H. v. 1,3 Mio. Euro für 2027 war hier für uns nicht zustimmungsfähig. Stattdessen sehen wir nach konstruktiver Rücksprache mit der Verwaltung einen fairen Stellenpool vor, innerhalb dessen für 2026 trotzdem mit einigen neuen Stellen geplant werden kann.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt 2026 zu, betont jedoch gleichermaßen, dass uns dieser nach reinem Zahlenwerk natürlich nicht zufrieden stellen kann. Bereits ab dem kommenden Jahr drohen planerisch wieder drastische Steuererhöhungen, um die auf Kante genährte mittelfristige Finanzplanung abzusichern. Auch hier wird die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinberg sich wieder im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt einsetzen und eine Steuererhöhungsspirale nicht mitgehen. Der Haushalt 2026 ist ein erster Ansatz für grundlegende Reformen. Es muss daher weiterhin akribisch und regelmäßig um beste Reformen für künftige Haushalte der Stadt gerungen werden. Die FDP ist hierfür bereit, wenn Reformen nicht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger gehen.

Vielen Dank.